

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de



Nebenhaushalte dominieren Kernhaushalt

In nur EINEM Haushaltsjahr werden über 10 Mrd. Euro für Corona-Tests ausgegeben; und sogar NOCH MEHR für irrationale mRNA-Impfungen, die Masseninfektionen in KEINERLEI Weise verringern. Kann es sein, dass sich DESWEGEN das Budget für Öffentlichkeitsarbeit des Gesundheitsministers vervIERZIGfacht – spricht für Impfwerbung?

Der Bundestag wird über NEBENhaushalte immer weiter entmachtet: Das Sondervermögen Bundeswehr wird technisch „neben der Schuldenbremse“ stehen (Zitat Christian Lindner) – was treffender bedeutet: „neben dem BUNDESHAUSHALT“

SO kann man auch eben mal 200 Milliarden „fürs Klima“ versprechen. Über ein „Klima- und Transformations-“ Sondervermögen, das bereits sehr hohe Rücklagen HAT und nun TROTZDEM auf Pump NOCHMAL Milliarden an Neuzuweisung bekommen soll.

RICHTIG wäre es natürlich, ALLE Verteidigungsausgaben entsprechend dem Grundsatz der JÄHRIGKEIT regulär im Kernhaushalt einzustellen.

Der Kernhaushalt spiegelt andernfalls nur noch einen TEIL der Wirklichkeit! Das Sondervermögen (ohne Tilgungsplan) bekommt sogar eine eigene Kreditermächtigung: Das ist

ein Rückfall in die Zeit VOR der Schuldenbremse.

Und dann erinnern wir uns an den EUropäischen Nebenhaushalt „Next Generation“, der 2021 unter Vorwand „Corona“ etabliert wurde: Schon 2022 soll nun der NÄCHSTE EU-Schuldenfonds kommen. Dieses Mal angeblich zur Deckung von Kriegsfolgen. Nur EIN Jahr später also bereits das NÄCHSTE „einmalige, temporäre“ Schulden-Programm!

Dazu kommt: Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen noch einen WEITEREN Wiederaufbau-Fonds auf den Weg bringen.

Wir sollen unter Notstands-Vorwand heimlich in die illegale Transfer- und Haftungsunion geführt werden!

Sowohl beim Haushaltsnotstand als auch bei der Impfpflicht halten wir es mit Willy Brandt:

„Wer mit dem NOTSTAND spielen sollte, um die Freiheit einzuschränken, wird uns auf den Barrikaden zur Verteidigung der Demokratie finden.“

[Es gilt das gesprochene Wort](#)

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

<https://t.me/pboehringer>

[@peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)

www.pboehringer.de

[/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

[/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

[/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/PeterBoehringerCom)

Wir kämpfen weiter!

Die Impfpflicht ist vom Tisch! Unser gemeinsamer Widerstand auf der Straße und im Parlament hat sich gelohnt. Diese Abstimmung ist unser Erfolg, für den wir seit Monaten gekämpft haben. Unzählige Montagsdemonstrationen, die „Gesund ohne Zwang“-Kampagne und die unermüdliche Arbeit im Bundestag haben ihre Wirkung gezeigt. Die Impfpflicht scheiterte an 80 Stimmen, was unserer Fraktionsstärke entspricht. Der Bundeskanzler Scholz und sein Gesundheitsminister Lauterbach sind mit ihrem totalitären Kurs krachend gescheitert. Die an der Regierung beteiligte FDP stimmte nämlich auch fast geschlossen gegen die Impfpflicht. Früher hätte ein Bundeskanzler nach so einem Debakel die Vertrauensfrage gestellt und wäre zurückgetreten. Aber wir leben im besten Deutschland aller Zeiten, wo Spitzenpolitiker Krisen einfach aussitzen.

Apropos „Zurücktreten“: Eine Ministerin musste bereits ihre Sachen packen. (Ex-)Familienministerin Spiegel trieb es mit den Lügen zu weit, dass es nicht mehr kaschiert werden konnte. Während der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz war sie nicht um die Opfer besorgt, sondern eher um das richtige Gendern. In ihrem Amt als Umweltministerin unterbrach sie ihren Urlaub nur kurzzeitig, um gleich wieder zu ihrer Familie zurückzukehren, während die Be-

wohner im Ahrtal noch ihre toten Familienangehörigen suchten und vor völlig zerstörten Häusern standen. Später gab sie vor, an Sitzungen teilgenommen zu haben, obwohl sie nicht anwesend war.

All dies hat ihrer Karriere keinen Abbruch getan, denn kurz darauf wurde sie zu Deutschlands Familienministerin befördert. Nur der Druck, der von unseren Kollegen in Rheinland-Pfalz und später von uns im Bundestag aufrechterhalten wurde, führte zum Rücktritt der grünen Politikerin.

Die beiden Vorfälle zeigen deutlich, wie wichtig es ist, eine starke AfD in den Parlamenten zu haben. Die Medien wollen uns diese Erfolge nicht gönnen, natürlich verschweigen sie die Rolle der AfD als einzige Opposition nach Kräften. Doch wir feiern diese Siege gebührend, wir tragen sie in die Öffentlichkeit und wir werden jeden daran erinnern, der es noch mal wagen sollte zu behaupten, die „AfD könne ja sowieso nichts bewirken“.

Aus diesen Erfolgen gehen wir gestärkt hervor und setzen unsere Arbeit fort. Ich persönlich kämpfe weiter für Sie, für die Freiheit und gegen die Unterdrückung!

Herzlich Ihr Petr Bystron



Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



petr.bystron@bundestag.de



www.petrbystron.de



[/bystronpetr](https://www.facebook.com/bystronpetr)

Zeitenwende im neuen Landwirtschaftshaushalt

In der ersten Sitzungswoche Ende März wurde ein hochgewichtiger Haushaltsplan zum ersten Mal für 2022 im Plenum beraten. Für meinen Bereich – Ernährung und Landwirtschaft – konnte ich einige positive Hoffnungsschimmer herausstellen. Im Bereich Digitalisierung soll massiv investiert werden, und das ist auch gut so. Endlich wurde auch ein Budget für die Künstliche Intelligenz ins Leben gerufen. Das wird uns später helfen, den Einkaufsbedarf der Lebensmittelketten besser nachzuverfolgen, sie können besser und leichter planen und werden nicht mehr so viele hochwertige Lebensmittel wegwerfen.

Für den ersten Moment klingt das ganz prima, aber die derzeitigen wichtigen Anpassungen sucht man vergebens. Die Auswirkungen der Corona-Krise, der schweren Inflation und auch der Düngemittelkrise finden sich in diesem Haushaltsplan nicht wieder. Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine – werden nicht eingeplant, einfach ignoriert, die Koalition handelt weiter nach ihren ideologischen Grundsätzen.

In den letzten 16 Jahren der Ära Merkel haben tausende bäuerliche Familienbetriebe ihre Existenz aufgegeben. Die explodierenden Energiekosten, die immer höheren Betriebskosten und die Kosten der letzten Dürre werden das

Höfesterben weiter beschleunigen, sie werden ihre Hoftore schließen müssen.

Keine Entlastungen für unsere Bauern

Entlastungen für unsere heimischen Bauern sind im Gegensatz zu Frankreich, Dänemark, Polen und sogar der EU einfach nicht vorgesehen. Unsere nationalen Getreidereserven sollen in dieser Krisenzeit nicht weiter aufgestockt werden. Die Getreidebestände der Bundesrepublik liegen seit mehr als 10 Jahren in den Bunkern, sind überlagert und inzwischen nicht mehr nutzbar. So funktioniert eine Notfall- und Krisenvorsorge jedenfalls nicht. Stattdessen diskutiert man über „ökologische Vorrangflächen“, welche nach Plan der Koalition allenfalls als Futtermittelproduktionsflächen genutzt werden sollen. Die EU gibt uns dazu ausdrücklich die Instrumente in die Hand – andere Länder nutzen das. Ab 2023 sollen aus ideologischen Gründen 4 Prozent in die Zwangsbrache gehen, das sind 4,2 Millionen Hektar in der EU. Auf diesen Flächen könnte wenigstens zwei Drittel des Weizenbedarfs für Nordafrika (Marokko, Ägypten, Tunesien, Algerien, Äthiopien) wachsen. Dort verhungern die Menschen und wir aalen uns in Luxus und Verschwendung.

Ich fordere eine Agrarwende, die unsere Bauern schützt!

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 www.peterfelser.de



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss



@Dr_Rainer_Kraft



www.rainer-kraft-mdb.de



/RainerKraftAfD



/dr.rainer.kraft

Ende des Rohölimportes aus Rußland

„Außenministerin Baerbock will aus den russischen Energielieferungen bis Jahresende aussteigen“, so lauteten dieser Tage die Schlagzeilen. Nicht nur der geneigte Leser, auch der Autor hat sich ob dieser Nachricht die Frage gestellt, wie dies angesichts der enormen Abhängigkeit von russischen Energiequellen in die uns die Regierungen Schröder I und II, sowie Merkel I-IV gebracht haben, bewerkstelligt werden soll?

Als erstes eine leichte Entwarnung. Die Medien waren in ihrer Berichterstattung wohl etwas schlampig und haben zwei Dinge miteinander vermischt. Zum einen die Absicht der Regierung komplett aus dem Bezug russischer Energie auszusteigen, dies ist keine Neuigkeit sondern schon länger kommuniziert und zum anderen das Vorhaben die russischen Rohölimporte bis zum Ende des Jahres faktisch auf null reduziert zu haben. Dies ist nämlich derjenige Energieträger auf den sich die Äußerungen der Außenministerin bezogen haben.

Sie folgt damit einer schriftlichen Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) von 5. April in dem dieses Szenario genau so beschrieben wurde. Halbierung der Importe bis zum Sommer und bis Ende des Jahres Reduktion auf nahezu

null. Das Rohöl wird parallel dazu durch neue Lieferverträge am Weltmarkt, der die nötigen Mengen zur Verfügung stehen hat, eingekauft.

Die Häfen und das europäische Pipelinennetzwerk sorgen dann für die dann notwendige, geänderte Verteilung des Öls in Deutschland zu den Verbrauchern, hauptsächlich Raffinerien und chemische Werke. Temporär räumt das Ministerium ein kann es zu zeitlich befristeten Unterversorgungen von Betrieben kommen, bis die neue Lieferkette vollständig angelaufen ist.

Mit Rohöl meldet die Außenministerin Vollzug bei dem am leichtesten zu ersetzenden Energieträger aus Rußland. Bereits bei Steinkohle wird es schwieriger und langwieriger diese zu Ersetzen. Bei Erdgas ist die Abhängigkeit sogar so einseitig, dass das BMWK eine komplette Umschichtung der Lieferanten erst für 2024 im besten Falle erwartet. Dies setzt dann aber auch voraus, dass die Bundesregierung sich bei Zeiten für die zusätzlichen Kapazitäten bei den neuen Lieferanten stark macht und nicht wartet bis andere sich diese neu gehobenen Kapazitäten unter den Nagel gerissen haben. Denn was Norwegen oder Qatar an zusätzlichen Mengen bereitstellen ist ebenfalls in der Menge begrenzt und den Letzten beißen die Hunde.

100 Milliarden „Sondervermögen“ plus 1,5 Milliarden von der EU

Vor dem Hintergrund der Kriegsbilder und den Nachrichten aus der Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz, wie ich schon im letzten Newsletter berichtet habe, angekündigt 100 Milliarden Euro neue Schulden für Verteidigung aufzunehmen, verpackt in ein Gesetz zur Einrichtung des „Sondervermögens Bundeswehr“. Damit soll kurzfristig die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundeswehr erhöht werden.

Wie die Haushaltdebatte in der letzten Sitzungswoche gezeigt hat, ist die Verankerung der Finanzierung der Bundeswehr im Grundgesetz noch lange nicht in trockenen Tüchern. Zum einen stellt die Union eigene Forderungen auf, zum anderen rumort es in der Ampel-Koalition, die von der Ankündigung des Kanzlers zunächst völlig überrumpelt wurde. Nun ist dort ein heftiger Streit um die Frage entbrannt, wer sich aus diesem „Honigtopf“ bedienen darf, denn es soll nun ein weit gefasster Sicherheitsansatz berücksichtigt werden und nicht nur Mittel für die Ausrüstung der Bundeswehr berücksichtigt werden. So fordert z.B. die Grünen-Vorsitzende, Ricarda Lang, in der „Zeit“, man müsse von einem erweiterten Sicherheitsbegriff ausgehen. So sollten auch zivile Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit als zentrale Punkte für die Sicherheit und den Frieden in der Welt berücksichtigt werden. Andere

Grüne wollen die Mittel unter dem Deckmantel der Energieunabhängigkeit für den Ausbau der Windenergie verwenden.

Sollte das Geld tatsächlich in vollem Umfang bei der Truppe ankommen, ist es ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein und reicht kaum für die notwendigsten Beschaffungen und eine Aufstockung des Munitionsvorrats der Bundeswehr. Zusätzlich ist bisher nicht erkennbar, wie das von Scholz angekündigte 2%-Ziel der NATO im Bundeshaushalt erreicht werden soll. Inflation, fest verplante Ausgaben für bereits laufende Beschaffungen und Personalkosten werden in naher Zukunft ansonsten den gesamten Bundeswehretat komplett belegen und keine Mittel mehr für investive Ausgaben zur Verfügung stehen lassen. Zusätzlich steht Deutschland gegenüber der EU in der Pflicht und muss gemäß Verteilschlüssel als größter Nettozahler knapp 400 Millionen Euro der von der EU in Höhe von vorerst 1,5 Milliarden Euro Militärhilfe an die Ukraine bezahlen. Während andere Länder sich ihre Waffenlieferungen an die Ukraine aus diesem Topf rückerstatten lassen überlegt die Bundesregierung noch. Wie ich diese aber einschätze, wird sie am Ende zum Nachteil des deutschen Steuerzahlers großzügig auf Rückforderungen für eigene Waffenlieferungen an die Ukraine verzichten.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- **Verteidigungsausschuss**
- **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung**
- **Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**
- **NATO Parlamentarische Versammlung**



/GeroldOttenAfD



@gerold_otten



/gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de



/t.me/MdB_Otten

Özdemir wird den Herausforderungen in der Agrarpolitik nicht gerecht

Der noch immer andauernde Krieg in der Ukraine bedroht weiterhin nicht nur Europa, sondern auch viele Länder der ganzen Welt mit unterschiedlichen Auswirkungen. Wir spüren dies in Deutschland vor allem bei den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen jedoch nicht nur aufgrund des Ukraine-Krieges, sondern schon durch die politisch hausgemachte Inflation. Der Krieg hat die Lage lediglich verschärft.

Gerade jetzt besteht in der Agrarpolitik besonderer Handlungsbedarf! Die Existenzen von tausenden bäuerlichen Familienbetrieben stehen auf dem Spiel. Die heimischen Bauern benötigen dringend Unterstützung bei den stark gestiegenen Betriebsmittelkosten. Nach wie vor sind Düngemittel weltweit sehr knapp. Für ertragreiche Ernten im nächsten Jahr muss die Versorgung der Landwirtschaft mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln umgehend gewährleistet werden. Dazu kommt die Gefährdung unserer Lebensmittelversorgung bei einem russischen Gaslieferstopp und die stark steigenden Lebensmittelpreise in Deutschland. Die Preisexplosion in den Verbrauchermärkten ist längst eingetreten, so hat der Discounter Aldi jetzt bereits zum zweiten Mal seine Preise erhöht, und das um bis zu 50 Prozent!

Doch dieser dringenden Herausforderung in der Agrarpolitik wird unser Landwirtschaftsminister Herr Özdemir bei weitem nicht gerecht. Er betet weiter stur seine längst überholte NGO-Agenda in einem Auftritt bei den ARD „Tagesthemen“ herunter. Dabei wiederholte er seine schon zuvor öfter geäußerten Aussagen, dass die Lebensmittelversorgung in Deutschland sichergestellt sei und der individuelle Fleischverzehr ein wichtiger Beitrag sei, um „Putin zu ärgern“. Von den dringend benötigten politischen Anpassungen an die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Agrarpolitik war erneut nichts zu hören. Dies konnte ich nicht unkommentiert lassen und beteiligte mich kurzerhand nachträglich per YouTube-Video an diesem Interview: <https://youtu.be/kyol7TIOzWs> Es brennt an allen Ecken und Enden. Wir können uns keinen Minister leisten, der all diese Probleme ignoriert.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

@ stephan.protschka@bundestag.de

f / [stephan.protschka](https://www.facebook.com/stephan.protschka)

www www.stephan-protschka.de



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher**

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

AfD wirkt: Keine allgemeine Impfpflicht!

Wir haben es geschafft, die deutschlandweiten Proteste der Straße gegen eine allgemeine Impfpflicht ins Parlament zu tragen und dort dafür zu sorgen, dass eine deutliche Mehrheit gegen eine Impfpflicht gestimmt hat.

Unsere parlamentarische Arbeit hat gewirkt! In Anhörungen wurden Sachverständige und Experten aus dem Gesundheitswesen mit kritischen Fragen gegrillt. Es zeigte sich, dass es weder eine medizinische, noch eine politische Notwendigkeit für eine Impfpflicht gibt, dass es zu keinem Zeitpunkt eine Überlastung der Krankenhäuser gab, dass es kaum belastbare Daten zu Nebenwirkungen und Nutzen der mRNA-Impfung gibt und dass eine natürliche Infektion weit mehr Schutz bietet, als die Impfstoffe von Biontech und Co.

Kurz: Es zeigte sich, dass die Impfpflicht keine Rechtsgrundlage hatte.

Meine Reden und Expertenbefragungen als gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion erreichten auf unseren Social-Media-Kanälen und den Seiten des Deutschen Bundestages Millionen Menschen. Obwohl YouTube mehrere meine Reden temporär sperrte und ich diese auf juristischem Weg wieder freischalten lassen musste und obwohl ich für meine Kritik u.a. an „Lügenkanzler“ Olaf Scholz mehrere Abmahnungen durch die Bundestagsprä-

sidentin erhielt, kann ich mit Stolz sagen:

Der Einsatz für unsere Freiheit und gegen staatliche Bevormundung hat sich gelohnt!

Wann immer uns jemand künftig fragt: "Warum soll ich die AfD wählen, ihr könnt doch nichts bewirken?", kann jeder von uns antworten: "Zum Beispiel, weil wir entscheidend dazu beigetragen haben, die allgemeine Impfpflicht zu verhindern."

Jetzt ist es besonders wichtig, wachsam zu bleiben und weiter zu machen! Die einrichtungsbezogene Impfpflicht besteht weiterhin. Sie gehört abgeschafft, wie auch die anderen noch bestehenden Corona-Regeln, wie Maskenpflicht oder 3G.

Wir als AfD werden auch weiterhin für all diejenigen kämpfen, die sich auf der Straße für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Nein zur Impfpflicht!

AfD wirkt – Impfpflicht verhindert!

Am Ende fehlten der Ampel rund 40 Stimmen, die hätten umgedreht werden müssen, um die Impfpflicht im Bundestag durchzusetzen. Die 76 Stimmen aus AfD-Fraktion waren hier das Zünglein an der Waage, das alle Träume der Befürworter der Zwangsspritze platzen ließ. Für die AfD-Kampagne „Gesund ohne Zwang“ gab es viel Lob aus der Bevölkerung. Nach der Entscheidung im Bundestag erreichten uns zudem hunderte Dank-E-mails. Eine große Last ist (vorläufig) von den Schultern der Menschen gefallen, die seit Monaten um ihre Existenz und körperliche Unversehrtheit bangten, mutig auf die Straße gingen und doch vom politischen Establishment absolut schäbig behandelt wurden: auf Demos festgesetzt, jeder Freiheit beraubt, vom sozialen Leben ausgesperrt, teils wie im Fall zehntausender Pflegekräfte auch zur Impf-Spritze gezwungen.

staatlichen Zwangsanordnung inkl. zuzätzlicher Ermächtigungen zu bewahren. Niemand darf gegen seinen Willen zu einer medizinischen Anwendung gezwungen werden. Es wäre überdies völlig inakzeptabel gewesen, einem Lauterbach noch mehr Rechte und Befugnisse an die Hand zu geben.

Fraktion	Nein	Ja	Präsenz
AfD	100,0%	0,0%	95,0%
CSU/CSU	98,3%	1,7%	90,9%
FDP	94,0%	6,0%	91,3%
Linke	78,4%	18,9%	94,9%
Grüne	5,4%	91,9%	94,1%
SPD	4,7%	92,7%	93,7%

Datenquelle:

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=767>

Die Abstimmung vom 7. April im Bundestag brachte die Wende: Unsere Fraktion hat die höchste Klarheit mit einer 100-prozentigen Ablehnung der Impfpflicht demonstriert und hat außerdem bei der Abstimmung die höchste Anwesenheitsquote aller Fraktionen im Bundestag erreicht. Es war und ist uns eben eine Herzensangelegenheit, die Bürger Deutschlands vor einer solchen

Die Haltung der CDU/CSU-Fraktion war übrigens weniger klar als die Abstimmung erscheinen lässt. Die Union wollte eine „Impfpflicht in der Schublade“, die später hätte scharf geschaltet werden können, scheiterte aber mit dieser Idee in einer anderen Abstimmung.

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**